



Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld, den 01.04.2014

An den Bürgermeister der Stadt Coesfeld
Herrn Heinz Öhmann
Markt 8
48653 Coesfeld

**Anfrage der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
zum Thema: "Unterbringung von Werksvertragsarbeitern"**

Sehr geehrter Herr Öhmann,

Coesfelder Medien haben berichtet, dass einige hundert Osteuropäer bei der hiesigen Niederlassung der Firma Westfleisch über Werksverträge beschäftigt sind. Im Rahmen einer Veranstaltung des DGB Coesfeld mit den MdB Karl Schiewerling (CDU), MdB Ulrich Hampel (SPD), MdB Friedrich Ostendorff (Bündnis90/Die Grünen), betroffene rumänischen Werksvertragsarbeitern und Betriebsräte aus verschiedenen Unternehmen, wurden neben den noch immer kritischen Arbeitsbedingungen vor allem die höchst problematische Unterbringung diskutiert.

Bei der Firma Westfleisch sind überwiegend Arbeitnehmer über Werkverträge tätig. Auf zwei Festangestellte kommen acht Werksvertragsarbeiter, so die Aussage der Gewerkschaft. Verbindliche Zahlen werden seitens des Unternehmens nicht genannt.

Seriöse Schätzungen gehen von über 600 Werksvertragsarbeiter bei Westfleisch in Coesfeld aus, die im Schichtbetrieb arbeiten und hier oder im näheren Einzugsbereich in prekären Unterkünften leben und von der Gesellschaft ignoriert werden. Die überregionalen Printmedien, Radio, TV Sender und alles was Rang und Namen hat, haben im Internet über die Situation in Coesfeld berichtet. Coesfeld ist nicht nur bekannt als eines der Zentren der industriellen Tiermast sondern auch für die teils menschenverachtende Behandlung osteuropäischer Wanderarbeiter.

Konkret wurde auf der Veranstaltung berichtet, dass man sich zu viert ein Zimmer teilt, jeder zahlt 200€ Miete zuzüglich Nebenkosten. Abrechnung über den Subunternehmer. Bei den Anwesenden, vor allem bei den Abgeordneten, wurde diese Praxis scharf kritisiert. Seitens der Abgeordneten wurde vor allem auf die Verantwortung der Stadt Coesfeld hingewiesen die ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Diese Probleme sind seitens der Arbeitsrechtsgesetzgebung geregelt und deren Einhaltung muss vor Ort sichergestellt werden. Im Rat der Stadt Coesfeld wurden die prekären Unterbringungen der Werksvertragsarbeiter schon mehrfach angesprochen. Seitens der Verwaltung wurde die Zuständigkeit angezweifelt und auf mangelnde Handlungsmöglichkeit hingewiesen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN stellt daher den Antrag diese Problematik aufgrund der aktuellen Informationen umgehend auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung zu setzen und nachfolgende Anfragen zu klären und zur Aussprache zu bringen.

Besteht Meldepflicht für diesen Personenkreis?

Wie viele Wohnungen mit Untervermietungen werden von Subunternehmen betrieben?

Wie viele Personen wohnen regelmäßig in diesen Unterkünften?

Gibt es Integrationsmaßnahmen für diesen Personenkreis?

Wie nimmt der Arbeitgeber seine Fürsorgepflicht wahr, die ihm seitens der Arbeitsrechtsgesetzgebung obliegt?

Mit freundlichen Grüßen
Charlotte Ahrendt-Prinz
Fraktionssprecherin